

Kennen Sie die Herren Knoop und Ritzenhoff?

Die anstehende Wahl des/der Bundesvorsitzenden der CDU verspricht keinerlei Spannung. Dann schon eher, ob es überhaupt einen Gegenkandidaten für Angela Merkel geben wird. Denn man kann nicht einfach so einen Brief ans Konrad-Adenauer-Haus schicken und dann antreten. Das Vorschlagsrecht haben Parteigliederungen wie etwa ein Kreisverband oder Vereinigungen wie Junge Union (JU) und Mittelstandsvereinigung (MIT). Das würde allerdings im aktuellen Fall passen, denn wir wissen, dass der 26-jährige Jurastudent *Jan-Philipp Knoop* und der 61-jährige Unternehmer *Andreas Ritzenhoff*, ein Mittelständler, Hersteller von Aluminiumdesignprodukten unter anderem für die Kosmetikbranche, antreten wollen. Ein Junger und ein Mittelständler...

Jan-Philipp und Andreas wer?

Der Vergleich mit der kürzlichen überraschenden Abwahl von CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder hinkt dabei. In der Fraktion haben Kräfte im Hintergrund mitgewirkt, die Knoop und Ritzenhoff nicht einmal im Ansatz mobilisieren könnten. In der Fraktion war mit Ralph Brinkhaus ein Profi aus der Fraktionsspitze der Herausforderer. Ein Profi, der weiß, wie es geht. Und über den sich übrigens gar nicht alle der Oppositionellen in der Union freuen, weil er jetzt plötzlich ein Mitspieler ist, der irgendwann selbst nach den Sternen greifen könnte.

Frau Merkel wird in die Geschichtsbücher eingehen als erste Frau und als erste Ostdeutsche im Kanzleramt. Und als die Frau, die die CDU in beispielloser Art und Weise heruntergewirtschaftet hat. Als die Kanzlerin, die in beispielloser Art und Weise die Innere Sicherheit Deutschlands durch persönliche Fehlentscheidungen auf Spiel gesetzt hat. Aber Frau Merkel ist mächtig, sie hat Geld und Posten zu verteilen, sie hat ein loyales Umfeld mit Unterstützern wie den Ministerpräsidenten Laschet und Günther.

Dennoch tickt die Uhr. Die Ära Merkel ist fast abgelaufen - und das ist gut so! Viel zu lange haben die Unionsanhänger, Mitglieder und die Funktionäre das Elend angeschaut und sich gefragt, wie diese Frau überhaupt Vorsitzende der CDU und Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland werden konnte. Nein, die Herausforderer Knoop und Ritzenhoff werden natürlich nicht gewinnen gegen Merkel. Einfach weil auf einem Bundesparteitag fast nur Profis sitzen - Abgeordnete und Hauptamtliche, die davon leben, dass sie Politprofis sind - und die keine Amateure an die Spitze der traditionsreichen CDU wählen werden, die zusammen mit der CSU unser Land geprägt haben, wie keine andere. Aber es ist überall mit Händen greifbar, dass sich das alte Dickschiff CDU endlich in Bewegung gesetzt hat....

Der Mann, der das Richtige tat, als der Mantel der

Geschichte wehte

Heute ist der Tag der Deutschen Einheit! Haben Sie mal kurz daran gedacht? Am 3. Oktober 1990 stand ich mit einem Kopfhörer über den Ohren und einem Mikrofon in der Hand auf der Pressetribüne am Reichstag und berichtete live für ein gutes Dutzend Privatradios überall in Deutschland, als die gewaltige schwarz-rot-goldene Fahne aufgezogen wurde zum Klang der Freiheitsglocke. Den Blick nach vorn gerichtet auf ein wahrliches Meer von Menschen und Fahnen. Unvergessliche Momente meines Journalistenlebens.

Die CDU-Politikerin Julia Klöckner hat vorhin getwittert, dass heute im Film mit Zeitdokumentationen zum Festakt der damalige Kanzler Helmut Kohl weder gezeigt noch überhaupt erwähnt wurde. Frau Klöckner findet das skandalös...und ich auch.

Helmut Kohl hat nicht die Wiedervereinigung ausgelöst. Natürlich nicht! Den Anstoss haben die tapferen Männer und Frauen der Bürgerrechtsbewegung auf den Straßen von Leipzig und Dresden und vielen Orten im damals unfreien Teil unseres Landes gegeben. Unfassbar mutige Menschen, unsere Landsleute „drüben“.

Und dann wehte der Mantel der Geschichte und der Bundeskanzler tat genau das Richtige. Er fand die richtigen Worte im Dezember 1989 vor der Dresdner Frauenkirche, er setzte sich einem schrillen Pfeifkonzert des vieltausendköpfigen linken Mobs vor dem Schöneberger Rathaus aus. Er überzeugte den US-Präsidenten Bush senior - das war leicht - und Frankreichs Präsidenten Mitterand - das war schwer. Er zwang Maggie Thatcher so lange zum Saumagenessen in Oggersheim, bis auch sie zustimmte. Und er plauderte mit Gorbatschow auf einer Steinmauer am Rhein in Bonn über den ewigen Lauf der Geschichte, der verläuft wie so ein großer Fluß. Und schließlich schwitzte und soff er mit Jelzin. Für Deutschland...

Helmut Kohl hat in diesem Prozess, der zur Wiedervereinigung Deutschlands führte, eine herausragende Rolle gespielt, was auch immer man sonst an ihm kritisieren kann und muss.

Aber heute gibt es nur eins, was man ihm zurufen sollte, wo immer er jetzt auch ist: Danke Kanzler!

Man gönnt sich ja sonst nichts

Gerhard Schröder (SPD) ist derzeit der einzig lebende Ex-Bundeskanzler unseres Landes. Er ist heute Aufsichtsratschef des Gas-Trassenbauers Nord Stream und des mehrheitlich russischen Staatskonzerns Rosneft. Ich hoffe, dass er dort ein gedeihliches Auskommen hat und nicht weiter dem deutschen Staat auf der Tasche liegt. Der Bundesrechnungshof hat nämlich vor wenigen Tagen die zweifelhafte Finanzierung einer „lebenslangen Vollaussstattung“ für frühere Bundeskanzler durch die Steuerzahler

kritisiert. Die zeitlich unbefristete Bereitstellung mehrerer Fahrer, Büros und Mitarbeiter sei grundsätzlich zu hinterfragen, zitierte die wieder einmal hervorragende BILD aus einem Prüfbericht.

Beim Umgang mit Steuergeld hätten die Altkanzler immer wieder „Grenzen überschritten“. So nutzten sie Büro und Personal für die „Erzielung zusätzlicher Einkünfte“ für „Aufsichts- und Verwaltungsratsmandate“. Das kostete uns alle „jährlich mehrere hunderttausend Euro“. Der Bundesrechnungshof hat sich zugleich an den Bundestag gewandt und gefordert, dass dieses System – von dem natürlich auch Ex-Bundespräsidenten profitiert haben, jetzt durch eindeutige Regelungen beendet werde.

Die Staats-Millionen fließen weiter in linksgrüne Netzwerke

Dass rund um linksgrüne Vorzeigeprojekte eine wahre Industrie entstanden ist, die üppig aus unseren Steuergeldern finanziert wird und bei der viele Tausend Aktivisten, die „richtig denken“, ein gutes Auskommen haben, ist bekannt. Denken Sie an Klimarettungs-Institute, Busfahrten-Finanzierung der linksradikalen antifa zu Demos gegen Rechts und – besonders gaga – die Gender-Lehrstühle und -Initiativen und Beauftragte*Innen. Letzteres ein einziger unwissenschaftlicher Schwachsinn.

Besonders ärgerlich: die staatliche Finanzierung der Amadeu-Antonio-Stiftung. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner hat dazu eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt und Zahlen erfahren. Danach erhielt die dubiose Stiftung der früheren Stasi-Spitzelin Anetta Kahane seit 2010 etwa 3,6 Millionen Euro von Ihrem Steuergeld.

Die Stiftung, die auch gern mal Personen des öffentlichen Lebens und Organisationen mit Hetze überzieht, wenn sie sich nicht dem linksgrünen Mainstream anpassen, darf sich besonders seit Beginn der Großen Koalition 2013 über wachsende Geldzuflüsse der Öffentlichen Hand freuen. Dies ist umso erstaunlicher, als auch Unionspolitiker immer wieder nachfragten und verlangten, dass Steuergeld nur dann vergeben werden soll, wenn sich die Antragsteller ausdrücklich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Nicht einmal das konnten die Unionsparteien als größte Partei in der Regierungskoalition durchsetzen, obwohl Abgeordnete wie Thomas Feist (CDU) und Iris Eberl (CSU) mehrfach versuchten, Licht in das Dickicht der stattlichen Finanzierung linksextremer Netzwerke zu bringen.

Wäre der Tote bloß ein Baum gewesen...

Als die Notärzte versuchten, das Leben des Bloggers zu retten, der bei der Räumung des Hambacher Forstes gestürzt und dann verstorben ist, sollen die ökologisch bewegten Baumbesetzer „Scheiss drauf, Räumung ist nur einmal im Jahr“ gesungen haben. Das berichtet mein Kollege Peter Poensgen von der BILD. Geschmacklos, widerwärtig und menschenverachtend das Verhalten dieser Öko-Kämpfer, aber natürlich unermüdlich im Einsatz für die Rettung von Bäumen,....

Von einer Moschee-Einweihung ganz ohne Karneval

Wenn es im Verhältnis zweier Staaten knirscht, noch dazu zweier Staaten, die in vielen Bereichen auf enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit angewiesen sind, dann sollte man bestehende Probleme direkt besprechen. Von Auge zu Auge sozusagen. Es ist richtig, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der von einer großen Mehrheit seiner Bevölkerung verehrt und immer wieder neu gewählt wird, Deutschland besucht. Gern auch mit militärischen Ehren und Galadinner beim Bundespräsidenten.

Und es ist gut, wenn unser Präsident - wie zuvor schon die Bundeskanzlerin - dem Staatsgast klar sagt, was wir in Deutschland unter Rechtsstaat verstehen, und das es überhaupt nicht sein kann, dass deutsche Staatsbürger einfach so verhaftet werden, weil sie mal etwas Kritisches gesagt oder geschrieben haben über den Herrscher am Bosphorus.

Und natürlich müssen wir bzw. unsere Repräsentanten dann auch ertragen, wenn der Gast aus der Türkei seine Sicht der Dinge klar zum Ausdruck bringt. Auch wenn seine Auffassung, hierzulande liefen Hunderte türkische Terroristen unbehelligt herum, absurd erscheint. So weil alles gut und erwartbar.

Was mich besorgt ist eher die Naivität eines teils unserer politischen Klasse, wie sie im Interview des früheren Kölner Oberbürgermeisters Fritz Schramma zum Ausdruck kommt, der der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein Interview zur Eröffnung der Kölner Ditib-Großmoschee durch Erdogan gewährt hat. Dazu muss man wissen, dass Schramma einst der Motor des Ganzen gewesen ist, der mit großem persönlichen Einsatz dafür gesorgt hat, dass es in der Domstadt nun eine weitere deutschlandweit bekannte Gebetsstätte gibt - nur eben für Muslime.

Der Ex-OB ist enttäuscht, dass er zum heutigen Festakt nicht eingeladen worden ist (unverschämt“). Außerdem hätte er sich die Kölner Moschee als „Plattform des Dialogs auch für Andersgläubige“

gewünscht. Eine Moschee! Plattform des Dialogs... Sein langjähriger Verhandlungspartner Ditib benennt Schramma heute „...einzuordnen zwischen Unprofessionalität und Böswilligkeit“. Ein Volksfest hätte er sich heute gewünscht, bekennt der CDU-Politiker, dem offenbar erst jetzt klar geworden ist, dass Muslime in der Regel die Begeisterung der Kölner für Kamelle und Strüßscher nicht teilen, schon gar nicht bei der Religionsausübung. Und dabei hätte sogar das Gürzenich-Orchester und ein „großer Kirchenchor“ heute bereit gestanden... ja, wenn man sie eingeladen hätte.

Und dann wird Schramma noch deutlicher:

„Der Grad der Zumutung ist so nicht mehr hinnehmbar. Ein Akt der absoluten Unhöflichkeit. Ein Schlag ins Gesicht aller, die sagen, die Türken seien besonders gastfreundlich. Wenn das der Stil ist, sich in einem Gastland zu gerieren, dann ist das völlig daneben.“

Hätte ich so etwas öffentlich gesagt, würde die Meute jetzt laut „Hetze“ und „Fremdenhass“ schreien. Aber ich bin ja auch kein Oberbürgermeister...

Frau von der Leyen gönnt sich was

Eine Regierung und ihre Ministerien, haben das Recht, externe Berater für knifflige politische Denksportaufgaben hinzuzuziehen. Warum auch nicht, obwohl mir die Frage gestattet sei, warum solch notwendiger Sachverstand nicht auch unter den Tausenden festangestellter und gut bezahlter Ministerialbeamter zu finden sind.

Aber sei's drum: Da braucht also ein Minister oder eine Ministerin externen Rat, und holt sich die Fachleute von außen, die sie braucht. So wie Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, ewige Zukunftshoffnung der CDU. Ich lasse jetzt mal den naheliegenden Kalauer über den aktuellen Zustand unserer Bundeswehr außen vor.

Anfang dieser Woche hat das Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* aus einem internen 18-Seiten-Papier über Beratungsleistungen für das Verteidigungsministerium zitiert. Die Verfasser haben ein unfassbares Chaos bei der Beauftragung externer Fachleute durch das Ministerium festgestellt. Danach gibt Frau von der Leyen pro Jahr (!) 150 Millionen Euro nur für Berater aus. Noch einmal: pro Jahr 150 Millionen Euro! Nur ein Ministerium.

Und als sei das nicht schon fragwürdig genug, stellten die Prüfer fest, dass die Bundeswehr üppige Berater-Engagements „häufig freihändig ohne Wettbewerb“ vergeben hatte. Die Gründe dafür seien „nicht immer überzeugend“ gewesen.

Wir Steuerzahler sind gespannt, wie es in diesem Fall weitergeht. Bei deutschen und europäischen Großkonzernen gibt es ja inzwischen strenge Regeln, Compliance genannt. Warum nicht auch bei unseren Regierenden?

Glückliches Dänemark

Die liberal-konservative Regierung in Dänemark hat begonnen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk dort zu reformieren und umzubauen. Die Finanzierung läuft zukünftig nicht mehr über Gebühren, sondern direkt aus dem Staatshaushalt. Die Sport-, Unterhaltungs- und Lifestyle-Programme werden abgeschafft, weil das nicht zur Grundversorgung der Bevölkerung gehört, die ein Staat organisieren muss. Private Sender können das jetzt übernehmen und sogar noch Geld damit verdienen. Drei der sechs staatlichen Fernsehsender, die hauptsächlich solche Programme ausstrahlen, werden ganz abgeschaltet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Dänemark soll sich zukünftig darauf konzentrieren, Sendungen anzubieten, die zur Information über relevante Themen dienen.

Wie viele Jahrzehnte wird es dauern, bis das auch in Deutschland bei ARD und ZDF umgesetzt wird?

Gipfeltreffen wegen eines Widerspruchs

Am heutigen Sonntag treffen sich die Vorsitzenden der Regierungsparteien CDU, CSU und SPD erneut zu einem Gipfelgespräch. Selbst der Pfarrer sagte heute in unserer kleinen Gemeinde am Schluss der Messe etwas dazu. Er wünsche den beiden Katholiken in der Runde (Seehofer, Nahles), dass sie vorher zur Messe gehen und das Evangelium anhören: „Das würde uns allen helfen.“

Ich weiß nicht, ob der Heilige Geist zu diesen drei - wie man sie hierzulande nennt - Spitzenpolitikern noch durchdringt. Aber ich möchte zur Erinnerung festhalten: Es geht bei diesem Treffen heute nicht um die Eindämmung der zunehmenden Gewaltkriminalität in Deutschland. Es geht auch nicht um die Frage, wann und wie die mehr als 200.000 rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber endlich in ihre Heimatländer zurückgebracht werden. Es geht nicht einmal darum, den Brand auf dem Truppenübungsgelände in Norddeutschland zu löschen, den die Bundeswehr versehentlich ausgelöst hat.

Es geht bei dem Gespräch darum, wie man einen offenbar untadeligen Leiter einer Bundesbehörde los wird, der nichts Böses getan hat, als unserer Bundeskanzlerin in einer Sachfrage öffentlich zu widersprechen. Keine Ahnung, wie das nachher ausgehen wird, aber der ganze Vorgang dokumentiert,

wie ekelhaft das politische Geschäft dieser Tage geworden ist.

GASTSPIEL PHILIPP KÖHLER: Für Ehe und Familie zu streiten ist gefährlich geworden

„ONANIEREN! ONANIEREN! ONANIEREN!“ brüllt es über den Universitätsplatz der altehrwürdigen Bischofsstadt Fulda. Rund 100 Menschen blöken sich Ihren Hass aus dem Leib. Sie sind angereist, um die Information der Öffentlichkeit zu „sabotieren“, wie man offen zugibt. Sie wollen verhindern, dass Eltern, Bürger, Steuerzahler und Wähler erfahren, was derzeit in deutschen Bundesländern von Kultusministerien in die Lehrpläne aufgenommen wird.

Grundlage vieler „Lehrpläne“ sind meistens die sogenannte „Sexualpädagogik der Vielfalt“ des fragwürdigen Uwe Sielert. Dessen „väterlicher Freund“ Helmut Kentler, Vordenker und „Urvater“ dieser „Pädagogik“, war nach Überzeugung ausgewiesener Fachleute tief ins Milieus hinein vernetzt, die den sexuellen Missbrauch von Kindern zum Teil selbst praktizierten oder aber sich darum bemühten, für den Missbrauch gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Die belastete „Lehre“ dieser beiden wirkt bis heute in die institutionalisierte Sexualpädagogik hinein. Auch die Ideologen des GENDER-GAGA haben es mit Hilfe aggressiven Lobbyings aus der LSBTIQ-Szene geschafft, öffentlich soviel vermeintlich moralischen Druck aufzubauen, dass auch deren wissenschaftlich höchst fragwürdigen „Lehrinhalte“ inzwischen an deutschen Schulen gelehrt werden müssen.

Die Initiatorin und Organisatorin des „Bus‘ der Meinungsfreiheit“, *Hedwig von Beverfoerde*, will „nicht kampflos hinnehmen, dass diese mehr als fragwürdigen Lehrinhalte und -methoden an Kindern ausprobiert werden“. Sie sieht die Gefahr des Missbrauchs, sollten die Methoden Sielerts oder auch einer Elisabeth Tuidier von „Aktivistengruppen“ in die Schulen und Klassen getragen werden. Daher tourte sie Anfang September mit jungen Menschen durch Deutschland, um die Öffentlichkeit über diesen Skandal aufzuklären. Ein solches Engagement bleibt natürlich nicht ohne Widerstand. Interessierte Kreise haben kein Interesse daran, dass Eltern zu detailliert erfahren, was da hinter verschlossenen Türen in Grundschulklassen und weiterführenden Schulen getrieben wird. Übrigens oft ohne echte schulpädagogische Aufsicht und ohne die zugewiesenen Lehrkräfte der Schule. Denn die Schulen dürfen diesen Sexualekundeunterricht an externe Dienstleister auslagern, die dann eigenständig und unbeaufsichtigt vor den Klassen agitieren und mit den Kindern „arbeiten“ dürfen.

Wie sieht dieser „Widerstand“ gegen die Aufklärung über Missstände nun aus? Eigentlich ist mit ein paar Begriffen dazu alles gesagt: „Hirnloses Geblöke, Gebrülle und Geheule“. So sieht dieser Widerstand aus. Etwas differenzierter betrachtet spielt sich das in der Regel folgendermaßen ab: Vor Ankunft des Busses treffen sich Kampfkader der viel zitierten „breiten Bündnisse“ aus DGB, GEW, Juso, „Schwusos“, Grüne Jugend, kirchlichen Jugendgruppierungen, LGBTI-Lobbyisten und selbstverständlich die Krawall und

Randemacher der sogenannten Antifa, deren Anhänger sich durch besondere Öffentlichkeitsscheu (Sonnenbrillen, Hasskappenpullis, Transparente vor dem Gesicht) und Gewaltaffinität hervortun. Der größte Teil dieser semiprofessionellen Protestler gehört zu Organisationen, die unmittelbar, oder so wie die Antifa, mittelbar, in irgendeiner Weise Geld aus den Landeshaushalten bekommen. Das befähigt dann dazu, den Freizeitaktivisten ihre Kaffeefahrt zum Protest zu finanzieren. Der ominöse Verein „Hessen ist geil“ beispielsweise übernahm die Fahrtkosten für zögerliche Mitläufer aus dem Raum Frankfurt. Dieser Verein wird von der hessischen Regierung mitfinanziert, wofür man sich auf der Homepage auch artig bedankt.

Die Veranstaltung wird eröffnet, diverse Redner überbringen Grußworte all der Organisationen, die zwar zum „breiten Bündnis“ gehören, aber dieses Mal leider nicht dabei sein können und dann wird eingeheizt: Den Anwesenden wird eingebläut, dass da drüben am „Lügenbus“ gleich die „Nazis“ und „Ewiggestrigen“ aussteigen werden (im Hintergrund dudelt leise das uralte Kampflied der Sozialisten und Kommunisten: die Internationale). Bei jedem Satz johlt die Meute, jeder Triggerbegriff bringt das Rudel in Stimmung. Jetzt geht's ans Eingemachte: Hedwig Beverfoerde – die Freundin von Beatrix von Storch (infernalisches Gebuhe) – wolle „zurück ins Mittelalter“ und am liebsten wolle sie den Paragrafen 175 wieder aus der Mottenkiste holen, um alle Homosexuellen verfolgen zu können, ja! so wie im Dritten Reich ermorden zu lassen!

So ein Blödsinn, solche Lügen werden da tatsächlich verbreitet. Es geht um Dämonisierung, es geht um Stigmatisierung und es geht darum die Massen aufzuwiegeln. Und das gelingt. Man kann den Hass in diesen Gruppen sehen, hören und fühlen. Gerade in der aufgeheizten Stimmung nach den Vorkommnissen von Chemnitz haben die Redner_*InnenX dann gerne noch Hinweise darauf gegeben, dass die diskriminierenden Rassisten (sic!) vom „Bus der MeinungsUNfreiheit“ in einer Reihe mit den rechtsradikalen Ausländerhetzern von Chemnitz stünden. Man steht dabei und will seinen Ohren nicht trauen, aber das Publikum ist dankbar und saugt solche Propaganda gerne in jede Pore auf. Da muss man sich nicht wundern, dass Hedwig von Beverfoerde und die junge Bus-Crew von mehreren Hundertschaften Polizei abgesichert werden mussten. Und das war auch gut so.

Wer in Regensburg, in Köln und in Stuttgart in die hassverzerrten Gesichter blicken musste, wer die geschwollenen Halsschlagadern der pöbelnden Masse gesehen hat, wer die hasserfüllten und vulgären Parolen gehört, die obszönen Gesten gesehen hat, wer die persönlichen und übergriffigen Beleidigungen gegen Beverfoerde und Ihre jungen Mitstreiter erleben musste, der war dankbar um jeden Polizisten, der da anwesend war. In Stuttgart musste ein mutiger Mann, der sich mitten in den Antifa-Aufmarsch gestellt hatte und von dort aus die Antifa und deren aggressives und sinnloses Geblöke und Gepfeife ausbuhte, von acht Polizisten herausgehauen werden. Als er den Udemokraten seinen Widerwillen gegen ihre Methoden zur Unterdrückung der Meinung der anderen mitteilte, wurde er schlagartig körperlich angegangen. Im Nachgang zur Demo lauerten einige Antifamitglieder einem Mitstreiter von Hedwig Beverfoerde auf und bedrohten ihn auf offener Straße. Er musste unter Polizeischutz zum Auto begleitet werden. Rund vierzig Polizisten sicherten das Parkhaus und hielten die Ausfahrt frei.

Interessant war aber, dass diese in der Gruppe so starken und brutal auftretenden Massenbewegten

(#wirsindmehr) im Individualgespräch durchaus argumentieren konnten und für Argumente zugänglich waren. Den jungen Mitstreitern von Hedwig von Beverfoerde gelang es, viele zumindest zum Nachdenken zu bringen, wenn sich die Chance zum Gespräch ergab. In Dresden, Berlin, in Fulda und in Wiesbaden, ja sogar in München war das möglich. In Wiesbaden war dieses direkte Gespräch, der gepflegte Dialog den Veranstaltern der Gegendemo so suspekt, so peinlich und sie hielten das für so gefährlich, dass sie sich umgehend von den Dialogwilligen distanzieren. Daraufhin verließen noch mehr Gegendemonstranten diesen intoleranten, diskussionsunfähigen, sowie intoleranten Haufen und begaben sich zu den Diskussionsgruppen.

Überhaupt war signifikant, wie wichtig dieses „Rudelgefühl“ für das „starke“ Auftreten dieser „mutigen Widerständler“ ist: Wenn diese etwas verloren zu viert oder fünft am Absperrgitter standen, dann konnte man beobachten, wie die „Aktivisten“ immer wieder den Blick untereinander suchten, sich gegenseitig mit aufgesetzter Fröhlichkeit noch unsäglichere Parolen über den gemeinsamen Feind zuriefen und sich ihrer Anwesenheit, ihres Rückhalts und der Zustimmung versicherten. Im Einzelgespräch hingegen traf man aufgeschlossen und durchaus kritikfähig junge Menschen. Kaum traten jedoch Gesinnungsgenossen hinzu, zeigte diese armen Kader unerbittliche Linientreue und verfiel wieder in die unsäglichen Sprechblasen ihrer Aufwiegler und Agitatoren.

Fazit der Beobachtung: Junge, unreife und leicht verführbare Menschen werden von altgedienten Stadtratsmitgliedern, Partei- und/oder Fraktionsvorsitzenden, von Kirchenleuten und Gewerkschaftsbösschen aufgehetzt und in Schlachten gejagt, die diese jungen Menschen mit wachem Verstand und nach reiflicher und vernünftiger Überlegung so nie schlagen würden. Es sind die „Führer“ dieser Bewegungen, die solcherlei undemokratisches und gesellschaftsspaltendes Verhalten evozieren, das ganze befeuern und letztlich auch verantwortlich für die aggressiven und gewalttätigen Auswüchse sind. Das sind keine Demokraten. Das sind intolerante Hetzer, die Hass schüren um den politischen Mitbewerber mundtot zu machen. Sie sollten sich schämen, so sie überhaupt noch wissen, was das ist: Scham und Anstand sowie echte Toleranz.